

DIAS-Kommentar

Nr. 113 • August 2007

Holger Teske

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?

Herausgeber Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V. c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?

Einleitung

Die letzten großen französischen Unruhen gehen auf das Jahr 1968 zurück, als Studenten gegen das "alte" Frankreich revoltierten. Leicht könnte man versuchen, hier eine Parallele zu ziehen, indem man behauptet, die Bewohner der "quartiers sensibles" würden sich gegen Ungerechtigkeit und eine massive soziale Schieflage mittels Gewalt wehren wollen. Aber die Täter sind meist Jugendliche, die sich gruppieren und mit überall allgemein zugänglicher Kommunikationstechnik koordiniert zuschlagen. Diejenigen, die tatsächlich von einer bestehenden sozialen Schieflage betroffen sind, sind nicht diejenigen, die Gewaltausschreitungen vornehmen. Im Gegenteil: Sie bemühen sich sogar ernsthaft um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Trotz der vielen Verhaftungen scheint die Administration der Situation nicht Herr zu werden. Der Präsident scheint überfordert, der Innenminister ist in das Kreuzfeuer der Kritik geraten, und der Premierminister hält sich auffälligerweise zurück.

Ausgangslage

Seit zwei Wochen breiten sich bürgerkriegsähnliche Unruhen wie ein Flächenbrand über alle größeren Städte Frankreichs aus. Auch beschränken sich die Übergriffe nicht mehr auf die Trabantenstädte mit ihren unzähligen Blocks an Sozialwohnungen (Habitation à Loyers Modéré), sondern greifen schon jetzt auf die wohlhabenderen Viertel von Paris über. Privatfahrzeuge sowie ÖPNV werden im großen Stil in Brand gesteckt, zu den vielen Brandopfern muss nun auch ein Todesopfer gezählt werden.

Trotz massiver Polizeipräsenz nehmen die Angriffe immer mehr an Quantität und Brutalität gegen die Bevölkerung als auch gegen die Ordnungskräfte zu. Egal ob Wurfgeschosse, Möbel, sperrige Innenausstattungen oder sogar Schußwaffen: In allen Großstädten stößt die Polizei auf organisierte Gruppen, die wie eine Guerillatruppe operieren. Im Internet wird zu Gewalttaten aufgerufen und die Mobilfunknetze ermöglichen eine effiziente Koordinierung der Übergriffe. Die Angriffe zielen auf Kindergärten, Schulen, Kirchen, Sozialeinrichtungen, Geschäfte und Verkehrsmittel, wobei hier die Zahl der zerstörten Fahrzeuge im vierstelligen Bereich liegt. Egal ob Paris, Evreux, Lille, Strasbourg, Lyon, Nice, Nantes, Rouen oder Toulouse: In allen größeren Städten wird den Polizeikräften und den Anwohnern unmögliches abverlangt.

Es werden immer mehr Rufe vernehmbar, die einen Einsatz der französischen Streitkräfte fordern. Noch hat sich die Regierung zu diesem Punkt nicht geäußert, kündigt eher Aktionspläne für die Jugendlichen der "quartiers sensibles" an, setzt auf die Härte des Gesetzes und ruft die Gesamtbevölkerung zur Ordnung auf. In den betroffenen Vororten formieren sich die Bürger zu Bürgerwehren, um die drohende Gefahr abzuwehren. Und ältere Jugendliche, die sogenannten "Grands Fréres", tun sich zusammen um die Jüngeren von Dummheiten abzuhalten. Dennoch brennt es jede Nacht an jeder Ecke in dieser Republik. Ist dieser "Brand" Symptom eines kranken Staatssystems, einer gescheiterten Nation oder sind andere Einflüsse am Werk, die die Jugendlichen aus Ghettos zu ihren Taten veranlassen?

Hintergründe

Die Krawalle, wie sie in den Medien präsentiert werden, werden auf einen Vorfall in einer Spannungsumwandlungsstation zurückgeführt. Zwei Jugendliche hatten sich dort vor der Polizei versteckt und erlitten zwangsläufig starke Stromschläge. Man beschuldigt die Polizei, dieses Unglück hervorgerufen zu haben und will sich vor allem gegen den aktuell amtierenden Innenminister Nicolas Sarkozy wehren. Der konservative Innenminister hatte sich in der Vergangenheit durch markante Sprüche profilieren wollen, er "werde die Vororte mit dem Dampfdruckstrahler säubern" und "das Gesindel rausschmeißen". Es wäre falsch zu glauben, daß nur die Äußerungen Sarkozys allein ausschlaggebend für die nächtlichen Vorfälle in Frankreich wären. Die derzeitige Situation ist nicht nur das Resultat des politischen Tagesgeschäfts, sondern ist auf mehrere Entwicklungen zurückzuführen.

Sozialer Wohnungsbau und urbane Konfliktzonen

Zum einen sind die Vororte von Paris, Nizza, Marseille oder anderer Städte riesige Betonwüsten. In diesen Trabantenstädten, wo Sozialfälle und Schlechtverdiener auf kleinstem Raum eingepfercht sind, sind Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven ständige Begleiter der Bewohner. Diese "cités" bzw. "quartiers sensibles" liegen entfernt von den "normalen" Vierteln, in denen kein vergleichbar angespanntes soziales Klima herrscht. Denn in den Ghettos – so werden die Vororte in Frankreich genannt - gibt es eine sehr hohe Arbeitslosenquote, eine sehr hohe Kriminalitätsrate und eine schlechte Infrastruktur. Die Polizei ist dort schon längst nicht mehr in der Lage, Recht und Gesetz walten zu lassen, da in den Vierteln Gangs ihr Unwesen treiben und besonders gegen die Polizei ein unerbittlicher Krieg geführt wird. Was anfangs als architektonische, stromlinienförmige Meisterlösung gefeiert wurde, hat sich im Laufe der Zeit zum Hintergrund einer urbanen Kriegskulisse gewandelt.

Beispielsweise ist es Mode, von den Dächern der Hochhäuser alle möglichen Gegenstände auf Polizisten herab zu werfen. Es mag verwunderlich wirken, aber zusätzlich zu Stahlkugeln und Steinen wurden auch schon schwere Waschmaschinen auf Polizeistreifen vom Dach gestoßen. Vielerorts verzichtet die Polizei auf Aktivitäten und muß sich mittlerweile schon den Schutz eigener Gebäude kümmern, auf die regelmäßig Anschläge verübt werden.

Zum anderen hat die konservative Regierung bei Amtsantritt Mittel für die wichtigen Projekte in den Orten gestrichen, in denen es zur Zeit brennt. Jugendliche konnten daraufhin nicht mehr betreut werden und blieben sich selbst überlassen, die vor Ort arbeitenden präventiven Polizeieinheiten wurden abgezogen sowie eine härtere Gangart eingeschlagen

Integration und kulturelle Grenzen

Die Integrationspolitik der ehemaligen Kolonialmacht ist aus Sicht Vieler gescheitert. Auch warnen andere Regierungen davor, die französische Lage mit der eigenen zu vergleichen. Wie in Frankreich gibt es auch in den anderen Nationen Betonwüsten mit der gleichen explosiven Mischung aus Arbeitslosigkeit, Minderheiten, Kriminalität, Bildungsnotstand und somit ohne Perspektive. Auch hier entstehen "Parallelgesellschaften" mit eigenen Regeln und Sprachen.

Das erstaunliche an der französischen Integrationspolitik ist, daß nicht das Sprachproblem ausschlaggebend für die Unruhen ist. Viele der Minderheiten stammen aus ehemaligen Kolonien, in denen heute immer noch französisch gesprochen wird. Dort wo andere Regierungen glauben, Sprache sei der Schlüssel zur Integration, muss man hierzulande feststellen, daß dies an sich als Zugangsvoraussetzung zu dem in den Medien vorgelebten "chancenreichen Alltag" nicht ausreicht. Für eine gelungene Integration muß die zu integrierende Bevölkerungsminderheit gleichen Zugang zu Bildung, Berufschancen und mehr erhalten. Angesichts der

Lage auf dem Arbeitsmarkt und der vorherrschenden Vorurteile ist das eine fast unlösbare Aufgabe, vor der die fünfte Republik steht. In den Niederlanden und in Deutschland ist man trotz mittlerweile restriktiver Einwanderungspolitik immer noch einen Schritt zurück. Das Problem der Ghettoisierung wird durch die Sprachbarriere noch verstärkt, da weder niederländisch noch deutsch so weit verbreitet sind wie englisch und französisch im Nahen Osten, Afrika und Asien.

Vielerorts wird von der "Generation Dschijhad" gesprochen, von gewaltbereiten Jugendlichen die aus Einwandererfamilien stammen und in diesen Tagen ihrem Frust freien Lauf lassen. Diese Gruppen lassen ihrem destruktivem Erfindungsreichtum freien Lauf und verkennen, daß sie sich durch die Zerstörung ihren eigenen Weg und die Chancen anderer noch weiter verbauen. Viele Jugendliche wurden bereits in Schnellverfahren verurteilt und sind somit als Vorbestrafte in einen Teufelskreis geraten, gegen den sie eigentlich "protestieren" wollten. Sie sprechen die französische Sprache, verfügen aufgrund des französischen Rechts über die französische Staatsangehörigkeit und haben Anspruch auf Zugang zum staatlichen Bildungswesen. Leider mußte das Lehrpersonal mit der Zeit feststellen, daß der französische Staat - allein mit Bildung - aus Bewohnern der "cités" keine wettbewerbsfähigen Bürger formen konnte. Sowohl die Erziehung als auch die Herkunft des Einzelnen spielen eine wichtige Rolle im späteren Werdegang in der egalitären Republik, die hohe Anforderungen stellt.

Der Islam und ein säkulares Staatsbild

Das Stichwort "Heilige Bewegung / Heiliger Krieg" leitet über zu der Frage, welcher Stellenwert der islamischen Religion in dieser Krise zukommt. In den Ghettos ist der Islam eine vorherrschende Geisteshaltung und während der Kopftuchdebatte gab es Auseinandersetzungen, als Mädchen vor den staatlichen Schulen ihre Kopfbedeckung abnehmen mussten. Zwischen der islamischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften herrscht ein äußerst angespanntes, feindliches Klima, und im französischen Kampf gegen den Terrorismus wurde seit den 80er Jahren hart durchgegriffen.

Die hierzulande vorherrschende Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit gegenüber arabischstämmigen Franzosen kann auf die Algierkrise in den 50er Jahren zurückgeführt werden, die sich durch die Attentate in den 80er bzw. 90er Jahre verstärkt hat und durch die erschreckende, alptraumhafte Berichterstattung aus den Vorstädten in den letzten Jahren immer noch aufrecht erhalten wird. Massenvergewaltigungen von jungen Frauen, Schlägereien, Drogenhandel, islamischer Extremismus in den riesigen Kellern der HLM, permanente Ausnahmezustände in den banlieues. Dies und noch mehr hat zur Entstehung von Feindbildern auf zwei Seiten beigetragen, den Bewohnern der "cités" und den "restlichen Franzosen".

Es mag dahingestellt bleiben, ob Religionen von der Konzeption her friedfertig sind oder nicht. Sowohl im Namen des Christentums als auch des Islams wurden und werden Schandtaten verübt. Vielmehr kommt es auf die Geisteshaltung sowie die Taten desjenigen an, der den Glauben für sich beansprucht und in seinem Namen handelt.

So ist es nicht nur erstaunlich, daß im Anschluß zur sehr emotionalen Kopftuchdebatte viele Muslima, im Zuge einer Geiselnahme französischer Reporter, die auf eine Aufhebung des Verbotes abzielte, sich öffentlich versammelten und zu den Prinzipien der säkularen Republik bekannten. Während der heutigen Unruhen traten muslimische Geistliche zwischen die Polizei und die Unruhestifter, um für Ruhe zu sorgen. Es zeigt sich, daß es bislang an einer differenzierten Berichterstattung fehlte und die Gefahr nicht aus der Religion selbst heraus resultiert. Denn viele französische Staatsbürger, die im Berufsleben erfolgreich und in die französische Gesellschaft integriert sind, haben afrikanische bzw. arabische Wurzeln. Nicht nur, daß

sie die französische Sprache sprechen, sie verkörpern sogar als Beamte des französischen Staates die Ideale der französischen Verfassung: "Liberté, Égalité, Fraternité". Geht es also in diesem Konflikt tatsächlich um Integration ausländischer Einwanderer? Nein, denn der französische Staat in seiner Gesamtheit ist nicht nur blau, weiß, rot – sondern schwarz, weiß, gelb, braun. Lediglich die Spitze des Staates scheint von diesem Zustand verschont zu bleiben. Eigenartigerweise.

Es geht um einen jungen Bevölkerungsanteil der Nation, dem die Gleichbehandlung aufgrund seiner örtlichen und somit sozialen Herkunft verwehrt wird, dem die Aussichtlosigkeit in den eigenen vier Wänden zuviel wird und der nun den (falschen?) Weg einschlägt, um aus dieser Situation zu gelangen. Gleichzeitig zeigt sich die herrschende Elite überfordert und ist mit allen Kräften darum bemüht, den Anschein von Kontrolle zu erwecken. Würde sie diese Kontrolle aber tatsächlich ausüben, wären die zwingenden Folgen zu unpopulär.

Gerangel innerhalb der französischen Regierung

Innerhalb der französischen Regierung versuchen zwei Rivalen im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2007, aus der gegenwärtigen Situation den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Der Protégé von Jacques Chirac, der amtierende Ministerpräsident Dominique de Villepin, taktiert in gewohnter Manier hinter den Kulissen gegen seinen Gegner, den französischen Innenminister Nicolas Sarkozy. Der äußerst umtriebige Sarkozy baut mittlerweile auf ein Image als knallharter Law-and-Order-Mann, der die ausschreitenden Banden offen als Verbrecher, Gesocks und Gesindel beschimpft. Er erfreut sich dabei enormer Popularität und zielt dabei auf die rechtsextremen Wähler, die mit 20 % Stimmenanteil die sozialistische Partei in eine bis heute anhaltende schwere Krise gestürzt haben. Der damalige Premier Lionel Jospin trat im Wahlkampf gegen den amtierenden Präsidenten Jacques Chirac an und war im ersten Wahlgang gegen den rechtsextremen Le Pen ausgeschieden.

Von Seiten Chiracs und de Villepin wird Nicolas Sarkozy als äußerst gefährlicher Gegner eingeschätzt, der mit allen Mitteln seine Ziele zu erreichen versucht. Trotz ihrer Bemühungen, Sarkozy als Finanzminister oder Vorsitzenden der konservativen Partei UMP in Schach zu halten, scheint der Innenminister aus seinen früheren Fehlern gelernt und sich durch seine Arbeitsweise bewährt zu haben. Der aktuelle Premierminister hingegen ist kein parlamentarischer Politiker, sondern ein "Enarque" wie er im Buche steht. Absolvent der französischen Eliteschule für hohe Staatsbeamte, hat de Villepin bisher keine Funktionen ausgeübt, die man durch ein direktes Mandat und politischen Wahlkampf erreicht. Das hat ihn aber nicht daran gehindert, sich in kritischen Situationen zu bewähren und auf der weltpolitischen Bühne zu agieren. Im Gegensatz zu Sarkozy setzt sich de Villepin mit der Frage auseinander, welche langfristigen Programme bei der Bewältigung der Situation in den Vororten zu helfen vermögen.

Zwar wahren der Premier und der Innenminister strengstes Stillschweigen über ihre gegenseitige Rivalitäten, doch macht Sarkozy keinen Hehl aus seinen staatsmännischen Ambitionen. Es bleibt daher abzuwarten, wie der im Hintergrund agierende de Villepin und der lautstarke Sarkozy die kommenden Ereignisse bewältigen werden. Letztendlich läuft dies auf die Frage hinaus, welcher von beiden politisch überleben wird.

Perspektiven und Entwicklungen

Trotz der Bemühungen der Bewohner, die Lage unter Kontrolle zu bekommen, ziehen die jugendlichen Banden plündernd und brandstiftend durch die Strassen. Auch wenn die Zivilcourage der Geistlichen, der "grands frêres" und der älteren Einwohner ein zwiespältiger Beweis

für ein Bekenntnis hin zur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist: Seit Wochen sind die Ordnungskräfte pausenlos im Einsatz und es zeichnet sich ein Einsatz härterer Mittel zur Beilegung der gegenwärtigen Krise ab.

Wie zuvor, während der Algierkrise und den Unruhen '68, könnten die Streitkräfte zum Einsatz gelangen. Dann würde es zum scharfen Schuss und zwingend zu einer Situation kommen, die einer Bankrott-erklärung der Regierung und somit des Staates gleichkäme: Der Einsatz von Schusswaffen gegen Jugendliche, die gerade mal zwischen 12 und 16 Jahre alt sind. Trotz der Einberufung von Reservisten ist es bisher nicht zum scharfen Schuss gekommen, da die Soldaten – wie die regulär aktiven Einheiten auch – an kritischen Punkten der Infrastruktur eingesetzt und nicht in den "banlieues" postiert wurden. Während der nächtlichen Ausschreitungen stießen bisher nur Polizisten auf gewaltbereite Jugendliche.

Mittlerweile wurden die Prefekturen zu Maßnahmen autorisiert, die den Erlass einer Ausgangssperre ermöglichen und das Recht auf Privatsphäre in der eigenen Wohnung erheblich einschränken. Bisher wurde die Ausgangssperre auf Jugendliche für die Nachtzeit beschränkt. Erste Erfolge zeigten sich im Rückgang der Zahlen verbrannter Autos, aber die landesweiten Aufstände finden immer noch statt.

Obwohl der Premierminister Dominique de Villepin die gestrichenen Sozialprojekte und Mittel als eigene Erfindung aus der Versenkung holt, wird sich kurzfristig nichts an der gegenwärtigen Lage ändern. Auch das neuerdings verhängte Ausgehverbot, welches die Vorstufe zum Einsatz der Streitkräfte im Inland ist, wird von Seiten der Opposition als falsches Mittel angesehen. Nicht nur würden die Spannungen weiter angeheizt, sondern darüber hinaus fundamentale Menschenrechte verletzt.

Diese Form der Reaktion auf Handlungen der Regierung ist für französische Verhältnisse zwar typisch, verkennt aber völlig den Ernst der Lage. Durch gutes Zureden werden die bürgerkriegsähnlichen Zustände nicht aufhören. Ganz im Gegenteil: Die Art und Weise der Anschläge zeugt von einer solchen Brutalität, daß der Regierung für den kurzfristigen Zeitraum keine andere Wahl mehr bleibt. Lässt Sie den Banden freie Hand, offenbart Sie somit ihre eigene Handlungsunfähigkeit. Greift die Armee völlig ein, offenbart die Regierung ihr eigenes Versagen in der gegenwärtigen und vergangenen Sozialpolitik.

Langfristig gesehen muß auf den Einsatz der Ordnungskräfte aber die Anwendung staatlicher Mittel erfolgen, die ein Spannungsfeld zwischen sozialem Frieden und republikanischer Integration geschickt zu lösen vermag.

Ob diese Lösung für die jugendlichen Brandstifter hilfreich zu sein vermag, ist wohl fraglich. Sie werden als Vorbestrafte in den Teufelskreis gelangen, in den sie nicht hineingeraten wollten. Das polizeiliche Führungszeugnis dürfte auch nicht durch eine präsidiale Amnestie verschwinden, zumal eine solche politische Entscheidung sehr umstritten wäre. Die Täter haben sich so ihre eigene Zukunft verbaut.

Ausblick auf Europa und die Nachbarstaaten Frankreichs

Im Hinblick auf die europäischen Nachbarstaaten stellt sich die Frage, ob Unruhen wie in Frankreich auch in Deutschland, Großbritannien, Spanien oder die Niederlande übertragbar wären? Zwar lässt sich diese Frage nicht pauschal beantworten, was sicherlich auch nicht den Integrationsbemühungen vieler Gemeinden Rechnung tragen würde. Dennoch lässt sich nicht abstreiten, daß es trotz unterschiedlicher Fortschritte im Integrationsprozess zur Bildung von Parallelgesellschaften gekommen ist, die an einer aktiven Teilnahme an bestehenden gesellschaftlichen und politischen Prozesse des jeweiligen Land sogar nicht interessiert sind. So wie in Frankreich kommt es dabei auch zur Bildung rechtsfreier Räume, die durch etablierte

Strukturen und überlieferte Verhaltensweisen ausgefüllt bzw. ersetzt werden. Dort, wo Sprachbarrieren existieren, wird dieses Phänomen der Abschottung nach außen hin noch weiter verstärkt.

Erstaunlicherweise wird der Integrationsprozess ausgerechnet dort umgekehrt, wo man ihn am wenigsten vermutet hätte: Bei den Nachfolgegenerationen der eingewanderten Bevölkerungsanteile. Sowohl in Großbritannien wie auch in Frankreich befinden sich die Jugendlichen, trotz Staatsbürgerschaft, Sprachkenntnisse und Zugang zu Bildungsstätten, oft in einer Identitätskrise. Weder scheinen Sie im Herkunftsland der ersten Generation akzeptiert zu werden, noch sich in den hohen Anforderungen der westlichen modernen und anonymen Welt zurecht zu finden. Dieses Phänomen ist in vielen europäischen Staaten anzutreffen und macht deutlich, das es trotz der Erfolge bei der Integration und im Zusammenleben von verschiedenen Menschen immer noch Spannungen zwischen sozialem Frieden und Identität in einer multikulturellen Welt gibt.

Fazit

Fraglich ist nun, welche Grundsätze zur Lösung der Spannungen angewandt werden könnten. Anhand des französischen Beispiels kann man konstatieren, daß es mit Sprache und Wissensvermittlung nicht ausreicht. Auch würde man mit einer weiteren gesetzlichen Gleichstellung bzw. einer Quotenregelung nicht unbedingt die bestehenden Probleme lösen, die aus sozialer Herkunft und Identitätssuche herrühren. Das, was viele Lehrer in europäischen Ländern konstatieren, ist größtenteils auch eine Frage der Erziehung und wie der einzelne allein bzw. in der Gruppe Problemlösung handhabt. Nur zeigen sich viele Schulen in dieser Frage überfordert und seitens der Eltern im Stich gelassen, die am Schnittpunkt zwischen hergebrachten Grundsätzen und aufprallender westlicher Welt sich selbst nicht zurecht finden. Lehrer sind dabei nicht nur Wissensvermittler sondern befinden sich dadurch auch in der Rolle eines Sozialarbeiters.

Genau an diesem Punkt ist der Staat gefordert. Kurzfristig gesehen mag zwar der massive Einsatz zur Behebung des Symptoms geeignet sein, langfristig ist eine Lokalisierung der tiefergehenden Ursachen und eine Angleichung der Gesellschaft erforderlich. Wenn auch die jetzige junge Generation aus den banlieues wegen ihrer Taten noch größere Schwierigkeiten haben wird, am gesellschaftlichen Leben erfolgreich teilzunehmen, so muß sich die "Grande Nation"weiterhin das Ziel setzen, ihnen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit näherzubringen.

DIAS-Kommentare

1	Alexander Alvaro Der globalisierte Terror	29. April 2003
2	Michaela Hertkorn Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship	17. Juni 2003
3	Henricke Paepcke Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak	17. Juni 2003
4	Panagiota Bogris Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein	18. Juli 2003
5	Ulf Gartzke Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative	19. Juli 2003
6	Lars Mammen Herauforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen	11. September 2003
7	Ulf Gartzke Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen	21. September 2003
8	Daniel J. Klocke Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce	21. September 2003
9	Elizabeth G. Book US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation	10. Oktober 2003
10	Dr. Bastian Giegerich Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines	12. Oktober 2003
11	Barthélémy Courtment Understanding the deep origins of the transatlantic rift	22. Oktober 2003
12	Rolf Schwarz Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th	09. November 2003
13	Ulf Gartzke Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War	15. November 2003
14	Daniel J. Klocke Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern?	15. November 2003
15	Panagiota Bogris Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung	21. November 2003
16	Jessica Duda Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change?	21. November 2003
17	Elizabeth G. Book Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union?	29. November 2003
18	Holger Teske Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung	29. November 2003
19	Niels-Jakob Küttner Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung	11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 Jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabischislamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarken, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes "Abfallbeseitigung" in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus- politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehéz Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL- PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada' s Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11.September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Garztke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America' s Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mistery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU- Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine "neue Ära wahrer Politik" nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idas?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idas	28. Oktober 2009

150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter http://www.dias-online.org/31.0.html zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org